



WHISTLEBLOWER-NETZWERK E.V. ALLERSEELENSTR. 1N 51105 KÖLN

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

WHISTLEBLOWER-NETZWERK E.V.
ALLERSEELENSTR. 1N
51105 KÖLN

WWW.WHISTLEBLOWER-NETZ.DE
INFO@WHISTLEBLOWER-NETZ.DE

FON 0221 1692194
FAX 03212 1057460

Köln, 24. März 2009

Whistleblowing für Transparenz, Verantwortlichkeit und Anstand

*Offener Brief mit Vorschlägen zur Krisenbewältigung und –vorsorge
an die Bundeskanzlerin und die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen*

Sehr geehrte Frau Merkel,

„Unverzichtbar für die Stabilität der globalen Finanzmärkte sind Transparenz und die Verantwortlichkeit aller Finanzmarktteilnehmer“. So heißt es zutreffend in der Zusammenfassung des Vorsitzes des G20-Vorbereitungsgipfels in Berlin. Außerdem werden in jenem Papier ein „effizientes Frühwarnsystem“, ein „Überwachungssystem“ und Bausteine für „Anstand, Integrität und Transparenz von Wirtschafts- und Finanzaktivität“ gefordert. Mit diesem offenen Brief wollen wir Sie und die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen im Vorfeld des G20 Gipfels auf einen solchen Baustein für Transparenz, Verantwortlichkeit und Anstand aufmerksam machen der im Zuge der anstehenden Reformen unbedingt stärkere Berücksichtigung finden sollte: Whistleblowing!

Schon bisher sind es oft Whistleblower, die frühzeitig auf kriminelle Machenschaften, unethisches Verhalten, drohende Schäden für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat hingewiesen haben. Im aktuellen Kontext der Finanzkrise z.B. Harry Markopolos (<http://tinyurl.com/wbnw-Markopolos>) und Paul Moore (<http://tinyurl.com/wbnw-Moore>). Markopolos hatte schon seit 1999 die SEC darauf hingewiesen, dass der frühere Nasdaq-Chef Bernard Madoff seinen Fonds über ein Schneeballsystem finanzierte. Diese Aufsichtsbehörde reagierte darauf jedoch nicht, und es wurden rund 50 Milliarden Dollar verspielt. Moore, ex-head of Group Regulatory Risk bei der britischen Bank HBOS wies intern auf die unkalkulierbaren Kredit-Risiken hin wie es seine Aufgabe war. Die Folge: er wurde vom Vorstandsvorsitzenden kaltgestellt, entlassen und in einem Vergleich zur Unterzeichnung einer Schweigeklausel gezwungen; die Risikopolitik wurde fortgesetzt und am Ende musste der Staat die Zeche zahlen.

Markopolos und Moore haben bei Anhörungen in den USA und Großbritannien wichtige politische Reformen der internen und externen Kontrollsysteme und vor allem eine Stärkung der Rechte und Möglichkeiten von Whistleblowern gefordert. Bitte nutzen Sie und Ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der G20, aber auch national, deren Sachverstand und Erfahrungen.

Zukünftig muss es wirklich unabhängige Anlaufstellen geben, an die sich Mitarbeiter wenden können, um auf Missstände und Risiken für die Gesellschaft hinzuweisen. Dort müssen sie Gehör finden. Es muss auch genügend Kompetenz und Ressourcen geben um Hinweisen nachzugehen, Vorwürfe aufzuklären, Missstände abzustellen und Täter effektiv zur Verantwortung zu ziehen. Dort, wo die Anlaufstellen und Aufsichtsbehörden ihren Pflichten nicht nachkommen,



sollte es Whistleblowern auch erlaubt sein, sich an das Parlament und die Öffentlichkeit zu wenden.

Neue Regulierungen sind in einigen Bereichen sicherlich nötig und wichtig. Sie bleiben aber nutzlos wenn sie nur auf dem Papier stehen und in einigen Finanzinstituten und Unternehmen weiterhin eine reine Gewinnmaximierungsstrategie gedeiht, bei der jene Regulierungen, sei es mit juristischer Raffinesse oder krimineller Energie, unbeobachtet von öffentlicher Kontrolle umgangen werden. „Die im Dunkeln sieht man nicht“ – also gilt es, Licht in diese Zirkel hineinzubringen. Es gilt jene Kräfte zu stärken, die die Aufsichtsbehörden und die Gesellschaft frühzeitig mit wichtigen Informationen über Fehlentwicklungen versorgen können, damit wir alle beim nächsten Mal des „Kaisers neue Kleider“ früher als das erkennen, was sie wirklich sind.

In vielen Finanzinstituten und Unternehmen, die für die jetzige Krise mitverantwortlich sind, hat es wahrscheinlich einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegeben, die im Kleinen oder Großen rechtzeitig Bedenken geäußert, vor Fehlentwicklungen gewarnt und auf Missstände aufmerksam gemacht haben. Aber diese Whistleblower haben kein Gehör gefunden. Vielen Menschen ging und geht es wie Markopolos und Moore. Wenn Sie den Mund aufmachen, hört ihnen keiner zu, es ändert sich ohnehin nichts und noch dazu riskieren sie ihren Karriere, ihren Arbeitsplatz und auch ihre Gesundheit. Dies ist auch in Deutschland nicht anders wie die Beispiele von Werner Demant, Andrea Fuchs oder auch von Rudolf Schmenger und seinen Kolleginnen und Kollegen zeigen, um nur ein paar Fälle zu nennen, die sich ebenfalls in der Finanzwelt abspielten.

Wenn die Politik jetzt vor wenigen Monaten noch unvorstellbare Summen für Bankenrettungen, Konjunkturpakete und in Not geratene Unternehmen bereitstellt, so wächst mit den Beträgen auch das Risiko von Wirtschaftskriminalität und Korruption, die versucht diese Gelder in ihre Kanäle umzulenken. Auch hier ist es wichtig, Sicherungen gegen Missbrauch einzuziehen. Die Förderung von Transparenz und Whistleblowing sind wirksame Instrumente auch dafür.

Was aber geschieht in Deutschland? Auf Initiative von Bayern will der Bundesrat das Informationsfreiheitsgesetz ändern, um den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu Informationen der Finanzaufsichtsbehörden zukünftig von vornherein auszuschließen. Vorschläge zur Verankerung eines Whistleblowerschutzes im Vergaberecht bleiben ungehört. Stattdessen beschließt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion selbst den viel zu zaghaften Einstieg in einen gesetzlichen Whistleblowerschutz, wie er mit dem Vorschlag für § 612a BGB vorgeschlagen worden war, zu verhindern. Der CDU Bundestagsabgeordnete Peter Bleser spricht in der ZDF-Sendung WISO (<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/709732?inPopup=true>) sogar nur von „Denunziantenschutz“ und verunglimpft damit Menschen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Dient dies wirklich der nötigen Förderung von Transparenz, Verantwortlichkeit und Integrität?

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Vorsitzende der Bundestagsfraktionen, wir möchten Sie einladen, sich im Rahmen der Beratungen über Maßnahmen zur Krisenbewältigung und Verhinderung, einmal mit den Möglichkeiten zu beschäftigen, die die Förderung einer Kultur der Verantwortlichkeit und des Whistleblowings verbunden mit effektivem gesetzlichen Whistleblowerschutz bieten. Einige Vorschläge hierzu finden Sie in unseren beigefügten Dokumenten: „10 Thesen zu Whistleblowing“ und „10 Elemente eines effektiven gesetzlichen Whistleblowerschutzes“, die wir Ihnen oder Ihren Mitarbeitern auch gerne in einem persönlichen Gespräch näher erläutern würden.

Mit freundlichem Gruß

gez.

Guido Strack – 1. Vorsitzender Whistleblower-Netzwerk e.V.